

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
 mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
 und Sonntagsbeilage Feierabend

Wagnispreis:
 Ausgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. in Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.; in Österreich 4,40 K.
 Ausgabe B nur mit Feierabend vierteljährlich 1,80 M. in Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2,20 M.; in Österreich 4,07 K. — Einzel-Nummer 10 J.
 Wochentags erscheint die Zeitung regelmäßig in den ersten Nachmittagsstunden; die Sonntagsausgabe erscheint später.

Angaben:
 Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr.
 Preis für die Welt-Beilage 20 J. im Restantell 60 J. für unendlich gedruckte, sonst durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen können wie die Bezahlungsbedingungen für die Welt-Beilage des Tages nicht übernommen werden.
 Redaktions-Beschlüssen: 10 bis 11 Uhr vormittags.
 Für Abgabe eingetragener Geschäftsbriefe macht sich die Redaktion nicht verbindlich; Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto beigefügt ist. Brieflichen Anfragen ist prompteste Befolgung.

Nr. 41 Geschäftsstelle und Redaktion Dresden-N. 16, Holbeinstr. 48 Donnerstag den 19. Februar 1914 Fernsprecher 21366 13. Jahrg



Naumann
Nähmaschinen
 nähen vor- u. rückwärts, stecken u. stopfen.
Seidel & Naumann
 Struvestr. 9 u. König Johannstr. 19.
 Bequemste Teilzahlung.

Kirchenzucht

In der von Pastor D. W. Philippus-Berlin herausgegebenen positiv-gläubigen Wochenschrift „Die Reformation“ (Nr. 6) macht Erich Kirchner Vorschläge zur Konfirmationsreform. Das bislang bei der Konfirmation abgelegte Glaubensbekenntnis und -gelübde müsse ein völlig bewußter und freiwilliger Akt werden, der frühestens nach Beendigung des 17.—18. Lebensjahres zu vollziehen sei, und die Aufnahme in die Abendmahlsgemeinde zur Folge habe. Dem Bekennner sei ein Kirchenpaß auszustellen, der alljährlich erneuert werden müsse. Geschehe das nicht, und hätten die Inhaber des Passes sich im vergangenen Kirchenjahre nicht an Gottesdienst und heiligem Abendmahl beteiligt, so seien die Namen aus der Liste der vollberechtigten Gemeindeglieder zu streichen.

Kirchner hält diese Kirchenzucht, verbunden mit Exkommunikation, für notwendig, um ein einigermaßen klares Bild über den Erfolg oder Mißerfolg der kirchlichen Arbeit zu haben und um zu verhindern, daß durch das Kirchenwahlrecht unkirchliche Massen die Herrschaft in der Kirche bekämen. Der Artikel der „Reformation“ schließt:

„Die vorgeschlagene Reform ist übrigens nicht bloße Theorie, sondern seit langer Zeit in schottischen und englischen Kirchen mit gutem Erfolg durchgeführt; selbst in der englischen Staatskirche ist die Konfirmation ein freiwilliges Bekenntnis, an keine Altersstufe gebunden.“

Die Getauften, die das Bekenntnis nicht abgelegt haben, würden auf Wunsch kirchlich getraut und beerdigt werden können, den Exkommunizierten dagegen wären auch diese Handlungen zu verweigern. So wäre Kirchenzucht möglich.“

Was werden die kirchlichen oder unkirchlichen Liberalen dazu sagen? Uns interessiert die Tatsache, daß Positive unter den Protestanten die Einsicht gewonnen haben: keine Kirche ohne Kirchenzucht. Das alte System in „evangelischer Freiheit“ zu wahren und zu erhalten, ist der Ruin der Kirche, das Menschentum im religiösen Leben. Die katholische hat mit ihrem klaren Bild, ihrer Bekenntnis und dem feinen Verständnis der Menschenseele die alte Kirchenzucht wohl nie und da gemildert, aber nie aufgegeben. Freilich regnete es aus protestantischem Lager Angriffe und Anklagen auf die „intolerante“ katholische Kirche, besonders bei Verweigerungen kirchlicher Begräbnisse. Doch wie man sieht, kehrt man auf positiv-gläubiger Seite wieder zu der geschmähten Disziplin der katholischen Kirche zurück. Be-

merkwürdig sind die Worte des Geh. Oberkirchenrates D. Ernst Haack-Schwerin:

Der Kirchenbesuch geht zurück, die Abendmahlziffer sinkt, die Verschmähung der Taufe und Trauung steigt, „und wenn man Konfirmation und kirchliche Beerdigung noch möglichst allgemein begehrt, so handelt die Kirche bei der letzteren am wenigsten gerade als Kirche, als Heilsanstalt und Gnadenmittelsgemeinschaft. Ihre Mitwirkung wird hier auch wesentlich nur dekorativ als Erhöhung der Feierlichkeit gewürdigt, indem man ihre Wortverkündigung mit in Kauf nimmt und über sich ergehen läßt.“ (Sperrung von uns.)

Der aufmerksame Beobachter des kirchlichen Lebens nimmt soviel Wandlungen wahr, hört so oft den halb-unterdrückten Ruf: „Zurück zur heiligen Kirche“, zurück in Lehre und Disziplin, daß er als Katholik seiner Kirche nicht genug danken kann für die wunderbare Führung durch die Irrgänge der modernen Zeiten.

Die Politik der Bündler

Ob der Bund der Landwirte, trotz der vielen anderen Bünde der Bund schlechthin genannt, zuvörderst eine wirtschaftliche oder eine politische Organisation sein soll, läßt sich auf den Generalversammlungen des Bundes schwerlich entscheiden. Dort ist jedenfalls der politische Einschlag weit sichtbar, als die wirtschaftliche Seite, und auf der letzten großen Generalversammlung am Montag wurde vollends nur von Politik gesprochen, wie denn auch die Resolution, die zur einmütigen Annahme gelangte, rein politische Färbung trägt. Wenn die großen und kleinen Landwirte alljährlich zur großen landwirtschaftlichen Woche in die Reichshauptstadt kommen, bietet ihnen die große Berliner Presse alles andere als einen frohen Willkommengruß, und doch muß einen der Gedanke erfreuen, daß Tausende treu monarchisch gesinnter Männer, die ihr Vaterland schon darum lieben, weil sie an seiner Scholle haften, in der Stadt des Freiheits und der Sozialdemokratie ein Bekenntnis ihrer Vaterlandsliebe und monarchischen Gesinnung ablegen. Darum braucht man noch lange nicht alles zu unterschreiben, was in den Bündlerversammlungen gesprochen und beschlossen wird. Zumal auf dieser letzten 21. Generalversammlung des Bundes der Landwirte ist gar manches geäußert worden, was recht weisend und durch ein Jahrhundert überholt klang und zu einem nachsichtigen Kopf schütteln geradezu herausforderte. Daß der Bund der Landwirte mit dem jetzigen Reichstag und der Reichsleitung nicht zufrieden ist, konnte nicht überraschen, denn im Vorjahre wurde schon daselbe Lied gehört; der massive Unmut des Herrn v. Oldenburg-Januschewski mit dem Reichstag und dem Kanzler gab der Bündlerischen Unzufriedenheit allerdings eine neue Note, die in ihrer Disharmonie mit der Zeit, in der wir nun einmal leben, unerträglich wurde, als der geehrte Januschewski durch das Hervorholen einer Kabinettsorder des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. — die übrigens gar keine war — ein leicht verständliches Bekenntnis zum Absolutismus ablegte. Verhältnißlich kann dabei allerdings wirken, woran Herr v. Oldenburg jedenfalls nicht gedacht hat, daß die Handbemerkung des Königs: Was da, nichts da! sich gegen die

Ansprüche der Junker und Stände richtete. Die derbe Sprech- und Kampfweise des Herrn v. Oldenburg ist aber hinlänglich bekannt, so daß man seine Schläger und agitatorischen Wege nicht allzu ernst zu nehmen braucht. Synthetisch klang im übrigen aus fast allen Reden, die auf der Generalversammlung der Bündler gehalten wurden, die Aufforderung an die bürgerlichen Parteien heraus, gemeinsam im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzutreten und mit dem Bunde zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens zusammenzugehen. Diese Aufforderung wäre vielleicht wirksamer gewesen, wenn mit derselben nicht für eine jede Partei eine ganze Reihe von Vorwürfen und Verhaltensmaßregeln verbunden worden wäre, die, wie wir gern zugeben, manchmal ganz berechtigt waren. Dem Zentrum wurde zwar das Zeugnis ausgestellt, daß ohne seine Mitarbeit eine ersprießliche nationale Politik nicht betrieben werden könne, aber gleichzeitig wurde ihm auch seine Haltung bei Verabschiedung der großen Deckungs-gesetze des letzten Sommers vorgehalten und bedauert, daß durch sein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie im Reichstage die demokratischen Elemente in ihm immer mehr Oberwasser gewannen. Auch wurde ihm nahegelegt, bei dem Konkurrenzkampf mit der Sozialdemokratie seine Aufgaben in der Agrar- und Mittelstandspolitik nicht zu vergessen. Mag sein, daß diese Ratschläge gut gemeint waren; das Zentrum wird sich dadurch aber im Verfolg der von ihm als gut erkannten Politik nicht irre machen lassen; wenn unter dem Konkurrenzkampf des Zentrums mit der Sozialdemokratie sein unablässiger und erfolgreicher Kampf gegen die Sozialdemokratie zu verstehen ist, dann kann von einer Dämpfung dieses Kampfes doch nicht die Rede sein, und allemal hat das Zentrum noch gezeigt, daß es bei diesem Kampfe auch die Interessen der Landwirtschaft und des Mittelstandes wohl zu vertreten weiß. Darum wird das Zentrum auch überall da mit dem Bunde der Landwirte gleichen Weg gehen, wo das Wohl des Bauerntums und das Interesse der Gesamtheit gefördert werden können.

Sächsischer Landtag

Dresden, den 18. Februar 1914
 Erste Kammer.

Die Erste Kammer trat heute vormittag nach 11 Uhr in Gegenwart der Staatsminister Graf Bismarck von Göttingen und v. Seydewitz und in Anwesenheit des Prinzen Johann Georg zu ihrer 15. öffentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine größere Anzahl von Eisenbahnangelegenheiten.

Domberr Dr. v. Hübel trug zunächst die ständische Schrift, betreffend den Gesuchentwurf über die Anfechtung und Einziehung von Eisenbahnangelegenheiten vor, die von der Kammer einstimmig genehmigt wurde.

Wirkl. Geheimer Rat Dr. Mehnert referierte dann über Kapitel 16 Titel 20 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1914/15, betreffend die Einführung der Streckenblockung auf Teilstrecken der Linie Vordorf-Goswig. Er beantragte namens der zweiten Deputation, die Kammer wolle in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer beschließen, die in Kapitel 16 Titel 20 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1914/15 angeforderte Summe für Einführung der Streckenblockung auf Teilstrecken der Linie

Der englisch-amerikanische Tabaktrust eine nationale Gefahr

Im großen Saale des katholischen Gesellenhauses sprach vorgetern vor den zahlreich erschienenen Mitgliedern des Dresdner katholischen Gesellenvereins Herr Referendar Geisler über die durch den englisch-amerikanischen Tabaktrust unserem Wirtschaftsleben drohenden Gefahren. Herr Referendar Geisler behandelte zunächst die Trusts vom theoretischen Standpunkte, indem er ausführte, daß die Triebfeder der modernen Volkswirtschaft die organisatorische Idee wäre. Industrien, Fabriken mit gleicher Interessengemeinschaft schließen sich zu Verbänden und Vereinigungen zusammen. Auch in Deutschland existieren derartige Vereinigungen und man nennt sie Kartelle oder Syndikate. Der wichtigste und größte Verband ist das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat. Die Kartelle erstreben eine Monopolstellung, um dann allein den Markt zu beherrschen und zum Schaden für die Abnehmer die Preise zu diktieren. Die Kartelle wollen gleichmäßige Absatzverhältnisse und konstant hohe Preise. Bei den Kartellen schließen die einzelnen Fabriken, die einzelnen Unternehmungen geheime oder offene Verträge, um dann gemeinsam, aber selbständig die Waren abzusetzen. Der Trust, die amerikanische Form des großindustriellen Zusammenschlusses, nimmt die Selbstständigkeit der einzelnen Unternehmung vollständig. Alle Betriebe werden einer Zentralinstanz untergeordnet. Sobald der Trust die übrigen Fabriken im Konkurrenzkampfe geschlagen und eine Monopolstellung erlangt hat, dann ist der Verbraucher gezwungen, das zu nehmen, was ihm der Trust

anbietet und das dafür zu zahlen, was ihm der Trust befiehlt. Es gibt keine Konkurrenz mehr. In Amerika bekämpft die Regierung mit aller Energie die Trusts, um die Schädigung der Bevölkerung zu Gunsten einiger Trustmagnaten zu verhindern. Alle politischen Parteien stehen in Amerika unter dem Zeichen der Trustbekämpfung. Der Präsident Wilson hat den Kampf mit den Worten aufgenommen: „Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es keine Entschuldigungen und Rechtfertigungen für irgendwelche Trusts gibt. In diesem Sinne will ich meinen Kampf kämpfen und ich weiß, wie ich ihn kämpfen muß.“ Der Kampf gegen die übermächtigen Trustmagnate wird aber mit wenig Erfolg geführt. Der amerikanische Tabaktrust wurde zwar im Jahre 1911 aufgelöst. Indessen ist dies nur der Form nach geschehen, in Wirklichkeit besteht er auch heute noch und arbeitet hinter den Kulissen ruhig weiter. Die Seele des amerikanischen Tabaktrustes, der Tabakkönig Duke, der den Trust seinerzeit begründet hat, hat seinen Sitz nach London verlegt, von wo aus die über die ganze Erde verbreiteten Tochtergesellschaften geleitet werden. Das Endziel aller Trustbestrebungen ist das Weltmonopol zu erringen. Diesen Zweck befolgte der Trust auch bei seinem Einbruch in Deutschland. Vor mehr als 13 Jahren kaufte der Trust durch die englisch-amerikanische Tobacco Co. die Zigarettenfabrik Georg A. Kosmaki in Dresden und verwandelte sie in eine Aktiengesellschaft um. Im Jahre 1912 gliederte der Trust weitere Firmen an. Er beteiligte sich an den Firmen Sulima-Dresden, Delta-Dresden, Adler-Co.-Dresden, Jozetti-Berlin und H. Balschari-Baden-Baden, so daß er jetzt 25 Prozent der gesamten deutschen Zigaretten-

produktion in den Händen hat. Angesichts dieser Tatsache schlossen sich alle Kreise des deutschen Tabakgewerbes im Verband zur Abwehr des Tabaktrustes zusammen.

Die hauptsächlichste Taktik des Trusts im Kampfe gegen die übrigen Fabriken ist das Aufkaufen, das Unterbieten und die Täuschung des über die Trustsgebahren aufgestellten Publikums über die zum Trust gehörigen Fabriken. Wenn der Tabaktrust in Deutschland an sein Ziel gelangt, dann ist der Untergang aller selbständigen Erzeugnisse gewiß. Es wird keine selbständigen Händler, Agenten und Fabrikanten mehr geben, sondern nur noch schlecht bezahlte Angestellte, die für die Tasche des Tabakkönigs Duke arbeiten müssen. Sobald der einzelne merkt, daß er nicht mehr vorwärts kommen kann, daß er auf rucklose Weise vom übermächtigen Konkurrenten erdrückt wird, dann wird ihm eine Gleichgültigkeit ergehen, seine Schaffensfreude wird gelähmt, seine Latkraft, neue Pläne, neue Erfindungen zu machen, gebrochen. Die Macht des deutschen Volkes beruht darauf, daß jeder, der Verstand, Fleiß, Tüchtigkeit besitzt, zum Wohlstande kommen und sich eine geachtete und selbständige Existenz schaffen kann.

Referendar Geisler schloß seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Aufforderung an die Anwesenden, Trustsabrikkate von der Hand zu weisen. Nur wenn rechtzeitig und energisch Front gegen den Tabaktrust gemacht wird, wird die Macht und der Wohlstand des deutschen Volkes, errungen durch den Fleiß, durch die Tüchtigkeit und den strebsamen Sinn seiner Bürger, erhalten bleiben.